

Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft der vielen, nicht der wenigen, für Frieden und internationale Solidarität! Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft!

Egal, wer wir sind: Die Regierung greift uns an. Das lassen wir nicht zu. Wenn Friedrich Merz in unsere Stadt kommt, an unsere Uni, dann werden wir das nicht unkommentiert lassen. Wir wehren uns!

**Am Montag, den 13.07. um 12:00 Uhr rufen wir zu einer Großkundgebung an der Universität zu Köln auf. Dafür braucht es euch. Kommt dazu!**

Menschlich statt Merz.

## MITMACHEN & VERANSTALTUNGEN

Gemeinsam planen, wie alle davon mitbekommen. Komm zum Treffen an deiner Hochschule:

- Uni Köln - Die Uni Mobilisieren - Eingang Hauptgebäude - Di, 7.7. 18 Uhr*
- TH Südstadt - TH-Treffen gegen Merz - Bildungswerkstatt 3 - Mi, 8.7. 18 Uhr*
- Katho (Wörthstraße 10) - Kürzungsversammlung - U01 - Mi, 8.7. 13:15 Uhr*
- TH Deutz - Bastel- und Infoabend - AStA - Do, 9.7. 17 Uhr*

Up-to-date im Whatsapp-Infochannel zur Kundgebung



Weitere spannende Veranstaltungen:

- festival contre le racisme - diverse Veranstaltungen - Mo, 6.7.- Fr, 10.7.*
- Tödliche EU-Politik und die Auswirkungen für Geflüchtete in Nordafrika und Afghanistan - UzK, Hörsaal A2, Hörsaalgebäude - Mo, 13.7. 18:30 Uhr*

VisDP: Frederick Heinz, Universitätsstraße 16 50937 Köln

# 13.7. MERZ KOMMT NACH KÖLN

## WIR WEHREN UNS!

FÜR EINE SOLIDARISCHE HOCHSCHULE & GESELLSCHAFT  
STATT SOZIALKÜRZUNGEN, MILITARISIERUNG UND RASSISMUS



**UNIWIESE  
ZÜLPICHER STR.**



**12:00**

Am 13.07. kommt Friedrich Merz zur Eröffnung der "Adenauer School of Government" an die Uni Köln. Diese wird von einer der reichsten Familien Deutschlands finanziert und soll die nächsten Führungseliten heranbilden. So sollen neoliberal-konservative Ideologien und Interessen von Konzernen an der Uni und in der Gesellschaft verankert werden.

Und das während in allen sozialen Bereichen der Gesellschaft, auch an der Uni Köln, massiv gekürzt wird und Arbeiter\*Innen Rechte angegriffen werden, um die Militarisierung voranzutreiben. Wir wehren uns! An den Hochschulen, in den Betrieben, Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten oder Vereinen.

An der Uni wird unter anderem die Professur für Disability Studies gestrichen. Bundesweit streicht die Regierung selbst die mickrige die Inflationsanpassung des BAföG-Satzes und läuft gegen die Zivilklauseln an Hochschulen Sturm, um Rüstungsforschung voranzutreiben. Auch die Uni Köln hat sich mit einer Zivilklausel zu Frieden, Nachhaltigkeit und Demokratie in Studium, Lehre und (internationaler) Forschung verpflichtet – und wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Deshalb kämpfen wir für ein Bafög für alle, damit alle studieren und sich engagieren können! Wir wollen an allen Hochschulen eine Zivilklausel, die wirklich wirksam ist!

Die Regierung finanziert mit Milliarden für eine seit der Nazizeit nicht mehr gesehene Aufrüstung. Mit der Wehrpflicht sollen junge Menschen wieder das Töten und Sterben lernen. Wir wollen keinen Krieg und keinen Genozid. Wir fordern Abrüstung, Diplomatie, die Einhaltung des Völkerrechts und ein Ende imperialistischer Gewalt.

Egal ob Studierende, Schüler\*in, Krankenhaus-Beschäftigte oder Erwerbslose, wir alle wollen Besseres als die anti-soziale Politik der großen Koalition unter Friedrich Merz. Union & SPD führen die größten Angriffe auf den Sozialstaat und unsere Arbeitsrechte in der Geschichte der BRD durch.

Sie kürzen bei der Krankenkasse, Kinder- und Jugendhilfe, Pflegeversicherung, Grundsicherung und Rente. Konkret soll der 8-Stunden-Tag abgeschafft, Frauen-Häuser geschlossen und Hilfen für Menschen mit Behinderung gestrichen werden. Der Sozialkahltschlag trifft uns alle! Viele arbeiten sich schon jetzt kaputt. Wir fordern soziale Absicherung, kürzere Arbeitszeiten und höhere Löhne. Wir wollen Zugang zu Gesundheit, Bildung, Kultur und Wohnen für alle, statt Milliardenprofite für Superreiche!

Die Politik des Sozialkahltschlags bietet den Nährboden, auf dem der Rechtsruck und der Faschismus der AfD aufbauen. Gleichzeitig hetzt Merz selbst gegen Migrant\*innen. Dieser Rassismus zerstört Menschenleben. Er lenkt davon ab, dass wir alle von dieser Politik betroffen sind.

Sie trifft Geflüchtete und Migrant\*innen besonders hart. Menschen werden in Kriegs- und Krisengebiete, an die Front und in Diktaturen abgeschoben. Kriegs- und Krisengebiete, die auch durch die Außenpolitik der BRD erst dazu geworden sind. Mit dem neuen EU-Migrationsabkommen werden Förderungen für die Seenotrettung gestrichen und Abschiebegefängnisse an den Grenzen Europas gebaut. Wir fordern ein Ende der mörderischen Grenz-Politik, Bleiberecht für alle und Investitionen in Sozialleistungen für Geflüchtete. Fluchtursachen bekämpfen statt geflüchtete Menschen!

